



**AfD Fraktion im
Stadtrat Nordhausen**
Am Hagenberg 2
99734 Nordhausen
Telefon: 0160 91709722
E-Mail: kontakt@afd-nordhausen.de

AfD Nordhausen • Am Hagenberg 2 • 99734 Nordhausen

An das Stadtratsbüro
der Stadt Nordhausen
Markt 1
99734 Nordhausen

Nordhausen, 03. Februar 2020

Antrag zur Stadtratssitzung: Abgabe einer Willensbekundung des Stadtrates Nordhausen zur Einrichtung eines Sondersteuergesetzes für das Industriegebiet „Goldene Aue“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Buchmann,
sehr geehrte Damen und Herren!

Auf Antrag der AfD-Fraktion möge der Stadtrat der Nordhausen die Abgabe einer Willensbekundung zur Einrichtung eines Sondersteuergesetzes für das Industriegebiet „Goldene Aue“ beschließen:

1. Das Industriegebiet „Goldene Aue“ soll zu einem „Sondersteuergesetz“ erklärt werden.
2. Ziel: In den ersten 6 Jahren der An- oder Umsiedlung werden durch die Gebietskörperschaften des Planungsverbandes „Industriegebiet Goldene Aue“ die Gewerbesteuer und die Grundsteuer wie folgt gestaffelt:

0 – 2 Jahre	10 % vom geltenden Steuerhebesatz
2 – 4 Jahre	50 % vom geltenden Steuerhebesatz
4 – 6 Jahre	75 % vom geltenden Steuerhebesatz

2. Das Industriegebiet muss im Rathaus tatsächlich „Chefsache“ werden – und zwar konkret. Der Oberbürgermeister muss mit der Autorität und Gewicht seines Amtes alle Initiativen zur Investorenwerbung in seinem Geschäftsbereich bündeln und koordinieren – und persönlich den Druck auf die Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen (LEG) bzgl. der Vermarktung des Gebietes dauerhaft erhöhen. Erstgespräche mit möglichen Investoren führt ausschließlich der Oberbürgermeister. Ein Beauftragter des Oberbürgermeisters begleitet den Investor dann im weiteren Verfahren.

Begründung:

Unternehmensneugründungen, Unternehmensumzüge und -erweiterungen sind aus betriebswirtschaftlicher Sicht Zeiten höchster finanzieller Belastungen für die Unternehmen. Um im überregionalen Wettbewerb zur Vermarktung der städtischen Vorhalteinvestition ein Alleinstellungsmerkmal zu erhalten, sollten wir das Engagement tatkräftig unterstützen.

Allein angesichts der aktuellen Ankündigung des Verbandes der Automobilindustrie, dass in den kommenden Jahren bis 2030 rund 70.000 Jobs in dieser Branche wegfallen, muss jetzt der Knoten für das Industriegebiet durchschlagen werden. 30 Millionen Euro Steuergelder sind bislang in das Industriegebiet geflossen. Jahr für Jahr produziert das Areal weitere Kosten.

Seit Jahren gibt es keine Initiativen zur Belebung des Gebietes. Alternativvorschläge zur Nutzung wurden auch nicht entwickelt. Die Boomjahre sind ungenutzt verstrichen. Zumindest jetzt, angesichts einer sich abzeichnenden schwierigen Job-Krise, die auch Nordhausen treffen könnte, möchten wir mit unserem Vorschlag einen konkreten Impuls geben und ein Zeichen an mögliche Interessenten senden.

Mit bürgerlichen Grüßen

Jörg Prophet
Vors. AfD – Fraktion im Nordhäuser Stadtrat